

Auswirkungen des Insolvenzverfahrens auf die Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen

Zielgruppe: Mitarbeiter/-innen der Jugendämter (Beistände, Unterhaltvorschusskassen)

Seminarinhalt:

Das Seminar beschäftigt sich mit den Fragen, die sich für den Unterhaltsgläubiger/Beistand oder bei Forderungsübergang für die betroffene Behörde im Hinblick auf die Geltendmachung der Unterhaltsansprüche ergeben, wenn ein Schuldner beabsichtigt, ein Insolvenzverfahren über sein Vermögen zu beantragen und ein solches ggf. eröffnet wird. Weiterhin wird das Verfahren zur Restschuldbefreiung und dessen Auswirkungen auf die Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen erörtert. Es werden der Umgang mit Unterhaltsrückständen sowie die Zwangsvollstreckung künftig fällig werdender Unterhaltsansprüche während der Dauer eines Insolvenzverfahrens dargestellt.

Inhalt im Einzelnen u. a.:

- Abgrenzung Verbraucher- und Regelinsolvenzschuldner
- Darstellung der Abläufe von Verbraucher- und Regelinsolvenzverfahren
- Geltendmachung der Unterhaltsrückstände als Insolvenzforderung:
- Forderungsanmeldung und -feststellung
- Feststellungsklageverfahren
- Insolvenzanfechtung
- Verfahren zur Restschuldbefreiung
- Versagungsgründe und entsprechende Anträge
- Wirkung der Erteilung der Restschuldbefreiung
- Geltendmachung der laufenden Unterhaltsforderungen als Neuforderung
- Zusammentreffen von Einzel- und Gesamtvollstreckung im Hinblick auf Unterhaltsforderungen

Ein umfassendes Skript mit Hinweisen auf die aktuelle Rechtsprechung wird ausgegeben.

Termin	Zeit	Ort	Kosten
21.09.2023	10:00 - 16:00	Erfurt	Mitglieder: 40,00 € (Thüringer Landkreise)
22.09.2023	08:30 - 14:30		Nichtmitglieder: 100,00 € (zzgl. Hotelkosten) (Städte)

Dozentin Prof. Dr. Brigitte Steder

Benötigte Arbeitsmittel: nicht angegeben

Anmeldeschluss: Vier Wochen vor Seminarbeginn